

Keine Bewegung bei Privatkonkursen

Die Zahl der eröffneten Schuldenregulierungsverfahren bleibt de facto unverändert, trotzdem steigen die Passiva um ein Drittel. Grund dafür sind einige wenige Einzelfälle.

Wien, 13.01.2026 – Laut aktueller KSV1870 Analyse wurden im Jahr 2025 in Österreich 8.766 Schuldenregulierungsverfahren (-0,6 %) eröffnet. Das entspricht 24 Fällen pro Tag. Trotz dieser Stagnation zeigt sich das Bundesländerverhalten recht unterschiedlich. Während Tirol mit einem Minus von sieben Prozent den größten Rückgang aufweist, verzeichnet Vorarlberg (+9,6 %) den deutlichsten Anstieg. Parallel zur Stagnation in puncto der Anzahl der Fälle, sind die vorläufigen Passiva* um 34,9 Prozent auf 1,35 Mrd. Euro angewachsen – das entspricht im Schnitt knapp 153.000 Euro pro Schuldner. Aus heutiger Sicht erwartet der KSV1870 auch im nächsten Jahr ein recht ähnliches Insolvenzaufkommen.

Das Konsumverhalten der Österreicherinnen und Österreicher hat sich angesichts des hohen Kostendrucks in der jüngeren Vergangenheit deutlich verändert. So geben 50 Prozent der 1.200 befragten Unternehmen im Rahmen einer im Oktober veröffentlichten KSV1870 Umfrage an, dass Privatpersonen heuer weniger konsumieren bzw. weniger Geld ausgegeben haben als in den vergangenen Jahren. Insbesondere in der Gastronomie/Beherbergung, im Handel und im Immobiliensektor ist die Konsumflaute allgegenwärtig. Zudem werden Zahlungsziele von Privatpersonen vermehrt ausgereizt und mit der Bezahlung offener Forderungen oftmals bis zum letztmöglichen Moment zugewartet. Als Folge der steigenden Kosten mussten im Jahr 2025 hierzulande 8.766 Privatpersonen (-0,6 %) Insolvenz anmelden. „Die Situation gestaltet sich unverändert schwierig. Es hat den Anschein, dass es den meisten Menschen noch gelingt, mit ihren finanziellen Mitteln über die Runden zu kommen. Wie lange dieser Zustand anhält, ist angesichts der zuletzt wieder gestiegenen Inflation jedoch fraglich“, erklärt MMag. Karl-Heinz Götze, MBA, Leiter KSV1870 Insolvenz.

Darüber hinaus zeigt sich: Während bei den Unternehmensinsolvenzen die Fallzahlen im vierten Quartal wieder angezogen haben, stehen bei den Privatkonkursen im vierten Quartal sogar um ein paar Fälle weniger zu Buche als im dritten Quartal des laufenden Jahres.

Bundesländer mit unterschiedlichen Dynamiken

Während die bundesweiten Ergebnisse gegenüber dem vergangenen Jahr ident ausfallen, zeigen sich in den einzelnen Bundesländern zum Teil recht gravierende Unterschiede. Tirol verzeichnet mit einem Minus von sieben Prozent den deutlichsten Rückgang, während das Nachbarbundesland Vorarlberg mit einem Plus von 9,6 Prozent verhältnismäßig stark zulegt. Die Bundeshauptstadt Wien verzeichnet einen minimalen Anstieg von 0,5 Prozent und hält am Jahresende bei 3.029 eröffneten Schuldenregulierungsverfahren. Damit liegt Wien unverändert an erster Position.

Durchschnittliche Schuldenhöhe steigt um 40.000 Euro

Wie die aktuelle KSV1870 Auswertung belegt, sind die vorläufigen Passiva* im Vergleich zum Vorjahr um 34,9 Prozent auf insgesamt 1,35 Mrd. Euro angewachsen. Demzufolge hat sich auch die Verschuldung pro Schuldner um rund 40.000 Euro auf 153.000 Euro erhöht. An dieser Stelle muss jedoch erwähnt werden, dass dieses Ergebnis auch aufgrund der Tatsache ein wenig verzerrt ist, dass in diesem Jahr der eine oder andere Fall mit hohen bis sehr hohen Passiva verzeichnet wurde – etwa der Fall Grasser. Mit Blick auf die Bundesländer zeigt sich auch in dieser Kategorie eine durchaus große Spannweite. Während Wien (+120 %) und Tirol mit 71 Prozent (dem Fall Grasser geschuldet) die größten Anstiege vermelden, fällt der Rückgang in puncto Passiva* in Niederösterreich (-27,9%) besonders deutlich aus.

Entscheidung in puncto Tilgungsplan für Prognose 2026 wesentlich

Unveränderte Rahmenbedingungen und nur sehr zaghafte Anzeichen einer unmittelbaren Entlastung geben aus heutiger Sicht wenig Grund zur Annahme, dass es in naher Zukunft zu signifikanten Verschiebungen im Bereich des Privatkonkurses kommen könnte. Vielmehr ist von einer Fortsetzung der aktuellen Entwicklung auszugehen. Ob das tatsächlich der Fall sein

wird, hängt unter anderem auch davon ab, wie sich die Lage am Arbeitsmarkt entwickeln wird. „Die zuletzt kontinuierlich steigende Zahl an arbeitssuchenden Personen nährt mittel- und langfristig auch die Gefahr einer steigenden Anzahl an Privatkonkursen. Insbesondere Langzeitarbeitslose könnten davon eher heute als morgen betroffen sein“, so Götze.

Ein Aspekt, der die nächstjährige Entwicklung dennoch beeinflussen könnte, ist die nach wie vor **ungeklärte Frage**, wie es mit der im Juli 2026 auslaufenden Befristung des Tilgungsplans, der eine 3-jährige Entschuldungsdauer für Privatpersonen vorsieht, weitergeht. Ursprünglich war diese Möglichkeit seitens der EU vorrangig für ehemalige Unternehmer gedacht, der österreichische Gesetzgeber hat diese jedoch auch für Privatpersonen zugänglich gemacht – unter der Annahme, dass sich die Zahl der Privatkonkurse aufgrund der Corona-Pandemie massiv erhöhen würde. Wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, hat sich diese Annahme jedoch bis heute nicht bewahrheitet, denn auch im Jahr 2025 ist das Vorkrisenniveau von rund 9.500 Fällen pro Jahr nach wie vor nicht erreicht.

Wie bereits in den vergangenen Monaten mehrfach erwähnt, spricht sich der **KSV1870 gegen die Verlängerung des dreijährigen Tilgungsplan für Verbraucher** aus Gründen der Fairness aus. Während Unternehmer eine bedeutend größere volkswirtschaftliche und finanzielle Verantwortung (z.B. in Form von Arbeitsplätzen) tragen, wird nach wie vor rund ein Drittel der Privatkonkurse aufgrund von übermäßigem Konsum oder der Überschätzung der eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit über einen längeren Zeitraum verursacht. Der Faktor Corona als Hauptursache (0,7 % in 2024) spielt hingegen de facto keine Rolle.

Darüber hinaus hat die Vergangenheit gezeigt, dass auch diese Novelle im Jahr 2021 zulasten der Gläubiger ging. Seit Inkrafttreten der Novelle wurde u.a. bei den 3-jährigen Abschöpfungen im Schnitt pro Fall um 31 % weniger Geld zurückbezahlt und verteilt als bei den 5-jährigen Abschöpfungen pro Fall im selben Zeitraum. „Aus unserer Sicht entspricht das in keinsten Weise dem Fairnessgedanken, auf dem das österreichische Insolvenzwesen seit Jahrzehnten erfolgreich fußt“, so Götze, und ergänzt: „Wenn diese Regelung weiter bestehen bleibt, könnte es passieren, dass mittelfristig noch mehr Unternehmen aufgrund von Zahlungsausfällen in finanzielle Turbulenzen geraten, als das aktuell bereits der Fall ist.“

Zurückkommend auf die Prognose 2026: Sollte vonseiten der Bundesregierung das Ende des Tilgungsplans mit 3-jähriger Entschuldungsdauer beschlossen werden, wäre ein kurzzeitiger Anstieg der Insolvenzzahlen - bevor diese Option ausläuft - durchaus möglich. In weiterer Folge könnte die Entwicklung dann wieder abflachen. Sollte der Tilgungsplan in seiner aktuellen Form (3 Jahre) bestehen bleiben, wäre aus heutiger Sicht mit keiner wesentlichen Änderung der Fallzahlen zu rechnen.

**) Die Passiva für das Jahr 2025 sind vorläufige Werte und beziehen sich auf den Stichtag der Analyse, den 08.01.2026. Im Zuge der fortlaufenden Insolvenzverfahren werden sich diese Passiva noch verändern.*

Rückfragehinweis:

Markus Hinterberger

KSV1870 Unternehmenskommunikation

Telefon 050 1870-8205

@: hinterberger.markus@ksv.at

Sie möchten keine Aussendungen des KSV1870 mehr erhalten? Dann senden Sie uns ein kurzes [E-Mail](#).

Über den KSV1870

Der Kreditschutzverband von 1870 (KSV1870) zählt zu den führenden Wirtschaftsplattformen Österreichs. Durch innovative, digitale Lösungen minimiert der Gläubigerschutzverband mit seinen Tochtergesellschaften die ökonomischen Risiken seiner Kunden und trägt wesentlich zu ihrem Geschäftserfolg bei. Der KSV1870 bewahrt Wirtschaftstreibende vor finanziellem Schaden, stärkt ihre Liquidität und identifiziert neue Wachstumschancen. Aktuell serviert die Unternehmensgruppe mehr als 34.000 Mitglieder im In- und Ausland.

Privatkonkurse 2025

	2025	2024	Veränderung	
Eröffnete Schuldenregulierungsverfahren	8.766	8.822	-	0,6 %
Geschätzte Passiva*	1.345 Mio.	997 Mio.	+	34,9 %

Eröffnete Privatkonkurse nach Bundesländern, 2025

Bundesland	Fälle 2025	Fälle 2024	+ / -	Passiva 2025 in Mio. EUR	Passiva 2024 in Mio. EUR	+ / -
Wien	3.029	3.014	0,5%	612	278	120,1%
Niederösterreich	1.259	1.303	-3,4%	163	226	-27,9%
Burgenland	141	138	2,2%	27	18	50,0%
Oberösterreich	1.289	1.249	3,2%	160	147	8,8%
Salzburg	350	374	-6,4%	34	36	-5,6%
Vorarlberg	466	425	9,6%	56	44	27,3%
Tirol	624	670	-6,9%	123	72	70,8%
Steiermark	951	1.010	-5,8%	111	113	-1,8%
Kärnten	657	639	2,8%	59	63	-6,3%
Gesamt	8.766	8.822	-0,6%	1.345	997	34,9%

*) geschätzten Insolvenzverbindlichkeiten in EUR

Mangels Masse abgewiesene Privatkonkurse nach Bundesländern, 2025

Bundesland	Fälle 2025	Fälle 2024
Wien	254	273
Niederösterreich	183	130
Burgenland	5	12
Oberösterreich	129	165
Salzburg	17	27
Vorarlberg	33	40
Tirol	43	68
Steiermark	66	52
Kärnten	22	20
Gesamt	752	787

*) geschätzten Insolvenzverbindlichkeiten in EUR

Wien, 13.01.2026

Insolvenzstatistik für Unternehmen sowie Private

Die Insolvenzstatistik liefert Informationen über alle Insolvenzverfahren Österreichs. Grundlage der Analyse sind übermittelte Daten der zuständigen Landesgerichte sowie Bezirksgerichte und Informationen aus der KSV1870 Wirtschaftsdatenbank. Der KSV1870 erstellt diese Auswertungen zum ersten Quartal, zum ersten Halbjahr, für das erste bis dritte Quartal und zum Jahresende. Der Insolvenzstatistik liegt ein standardisiertes Verfahren zugrunde, das regelmäßig die gleiche Art der Analyse liefert und daher die Insolvenzzahlen seit Jahren konsistent abbildet. Eventuell auftretende Abweichungen - bei abgewiesenen Konkursanträgen oder eröffneten Verfahren - erklären sich daraus, dass je nach Verfahrensart die Insolvenz einer Firma nur ein Mal pro Jahr gezählt wird. Auch Änderungen der Gerichtszuständigkeit während des Insolvenzverlaufes können leichte Verschiebungen möglich machen.

Rückfragenhinweis:

Markus Hinterberger, KSV1870 Unternehmenskommunikation

Telefon 050 1870-8205, E-Mail: hinterberger.markus@ksv.at

www.ksv.at